

**Niederschrift
zur Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Geest und Marsch
Südholstein (öffentlich)**

Sitzungstermin: Dienstag, den 17.04.2018

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 20:50 Uhr

Ort, Raum: Amt Geest und Marsch Südholstein, Sitzungssaal,
Amtsstraße 12, 25436 Moorrege (rückwärtiger
Eingang)

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak	CDU	
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke	GuB	
Herr Bürgermeister Rolf Herrmann	CDU	
Herr Ernst-Heinrich Jürgensen	SPD	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	Vorsitzender
Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet	SPD	stv. Vorsitzender
Frau Bürgermeisterin Monika Riekhof	CDU	
Herr Bürgermeister Walter Reißler	CDU	
Herr Bürgermeister Uwe Schölermann	CDU	
Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg	CDU	

Außerdem anwesend

Herr Dirk Behnisch	SPD	
Herr Uwe Hüttner	CDU	
Herr Walter Lorenzen	SPD	
Herr Hans-Peter Lütje	CDU	
Herr Georg Plettenberg	CDU	
Herr Michael Rahn-Wolff	FW	bis TOP 11

Gäste

Zuhörer	5
---------	---

Presse

Wedel-Schulauer Tageblatt	Frau Stange
---------------------------	-------------

Protokollführer/-in

Herr Jens Neumann

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann	Personalratsvorsitzende
Herr René Goetze	Leiter FB Bauen und Liegenschaften
Herr Jochen Hauschildt	Leiter FB Bürgerservice und Ordnung
Herr Rainer Jürgensen	Amtsdirektor
Frau Christine Neermann	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Frank Wulff	Leiter FB zentrale Dienste

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 04.04.2018 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 12 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

1. Bericht des Amtsdirektors, Halbjahresbericht 2. Halbjahr 2017
Vorlage: 0051/2018/AMT/en
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0061/2018/AMT/BV
4. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2017
Vorlage: 0062/2018/AMT/BV
5. Prüfung der Jahresrechnung 2017 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt
Vorlage: 0063/2018/AMT/BV
6. Schul-WC-Sanierungsprogramm 2018
Vorlage: 0052/2018/AMT/BV
7. Haushaltssatzung 2018
Vorlage: 0064/2018/AMT/HH
8. Investitionsprogramm 2017-2021
9. Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung
10. Berichte der Bürgermeister aus ihrer Gemeinde
11. Verschiedenes

Protokoll:

**zu 1 Bericht des Amtsdirektors, Halbjahresbericht 2. Halbjahr 2017
Vorlage: 0051/2018/AMT/en**

Neben dem vorliegenden Verwaltungsbericht des Amtes berichtet Herr Jürgensen gemäß **Protokollanlage 1**.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

**zu 3 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0061/2018/AMT/BV**

Bgm. Neumann verweist auf die Sitzungsvorlage. Die zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen belaufen sich gemäß **Protokollanlage 2** mit Stand vom 31.12.2017 im Verwaltungshaushalt auf 48.517,14 €. Im Vermögenshaushalt liegen keine Überschreitungen vor.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 48.517,14 € zu genehmigen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**zu 4 Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2017
Vorlage: 0062/2018/AMT/BV**

Auf die als **Protokollanlage Nr. 3** beigefügten geringfügigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben der Information des Amtsdirektors nach § 4 der Haushaltssatzung wird verwiesen. Die geringfügigen Haushaltsüberschreitungen des 2. Halbjahres 2017 belaufen sich auf 15.783,31 €.

Die Information des Amtsvorstehers nach § 4 der Haushaltssatzung für das 2. Halbjahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Prüfung der Jahresrechnung 2017 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt
Vorlage: 0063/2018/AMT/BV

Der Protokollführer erläutert das Ergebnis der Jahresrechnung 2017. Der Haushalt 2017 sah ursprünglich einen ausgeglichenen Haushalt ohne eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage vor. Im Verwaltungshaushalt haben sich geringfügige Mehrausgaben ergeben, die weitestgehend durch entsprechende Mehreinnahmen gedeckt werden konnten.

Zudem haben sich durch sparsame Haushaltsführung Minderausgaben im Bereich der Personalkosten, Bewirtschaftung, Gebäudeunterhaltung, Sachausgaben sowie dem Erwerb von beweglichem Vermögen ergeben. Am Ende des Jahres hat sich jedoch gezeigt, dass die Aufwendungen für die Unterbringung, Integration und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern trotz Rückgang der Flüchtlingszahlen, unvermindert hoch sind, aber die erwarteten Einnahmen aus Kostenerstattungen sowie Integrations- und Aufnahmepauschalen den Aufwand nicht in dem erwarteten Umfang decken. Bei Ausgaben von rd. 1.491.151 € und Einnahmen in Höhe von 1.098.766 € verbleibt in diesem Bereich ein restlicher Eigenanteil des Amtes in Höhe von 394.385 €.

Auf Nachfrage teilt AD Jürgensen mit, dass zum Zeitpunkt der „Flüchtlingskrise“ zahlreiche Objekte auch längerfristig angemietet werden mussten, um Unterbringungsmöglichkeiten vorzuhalten. Zwischenzeitlich sind die Belegungszahlen zurückgegangen, aber die Aufwendungen sinken nur langsam. Durch Auslaufen oder Kündigung von Mietverträgen ist in den Folgejahren eine stetige Verbesserung der Situation zu erwarten.

Aufgrund des deutlich geringeren Deckungsgrad im Bereich der Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz konnte trotz sparsamer Haushaltsführung (Mehreinnahmen/Minderausgaben) im Jahr 2017 kein Haushaltsausgleich erreicht werden, so dass ein restlicher Fehlbetrag in Höhe von 55.588,39 € verblieben ist. Der Fehlbetrag ist spätestens im zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr zu decken.

Der Vorsitzende verweist auf die erfolgte Prüfung der Jahresrechnung. Der Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung hat die Jahresrechnung 2017 am 12.03.2018 stichprobenhaft geprüft. Die Hinweise und Bemerkungen des Ausschusses wurden durch die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung ausreichend erklärt, so dass empfohlen wird, die Jahresrechnung festzustellen.

Die Niederschrift über die Prüfung der Jahresrechnung einschließlich der Stellungnahmen und Erläuterungen wird als **Protokollanlage Nr. 4** beigelegt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme über die Prüfung der Jahresrechnung zur Kenntnis und empfiehlt, die Jahresrechnung 2017, die im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von je 6.156.178,74 € und im Vermögenshaushalt mit Einnahmen von 110.142,21 € sowie Ausgaben in Höhe von 165.730,60 € abschließt, festzustellen.

Der Fehlbetrag des Jahres 2017 in Höhe von 55.588,39 € ist in 2018, spätestens im Jahr 2019 auszugleichen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 6 Schul-WC-Sanierungsprogramm 2018
Vorlage: 0052/2018/AMT/BV

Bgm. Herrmann erläutert den Sachverhalt.

Die WC-Anlage der Grundschule Haseldorf wurde im Jahr 1970 errichtet. Eine Sanierung der WC-Anlagen in der Grundschule macht nach 48 Jahren, gerade mit einer möglichen Förderung von max. 80.000 € grundsätzlich Sinn. Die Verwaltung schlägt bei einer Neuauflage des „Schul-WC-Sanierungsprogramms“ eine Sanierung der WC-Anlagen vor.

Hierzu ist ein Sanierungskonzept mit Kostenschätzung zur Antragstellung erforderlich. Das Ingenieurbüro AquaConsulting hat bereits in 2017 sechs Maßnahmen im Rahmen des „Schul-WC-Sanierungsprogrammes“ erfolgreich begleitet.

Beschluss:

Bei Neuauflage des „Schul-WC-Sanierungsprogramms“ empfiehlt der Hauptausschuss die WC-Sanierung der Grundschule Haseldorf.

Es wird das Büro AquaConsulting bezüglich des Sanierungskonzepts mit Kostenschätzung inklusive Antragstellung beauftragt.

Die erforderlichen Gelder bis maximal 127.000,- € (-80.000,- € Fördergelder) sind im Haushalt des Amts Geest und Marsch Südholstein eingeplant und werden von den Schulträgern der Gemeinden Haselau und Haseldorf anteilig finanziert.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 2 Nein: 0 Enthaltung: 8 Befangen: 0

zu 7 Haushaltssatzung 2018
Vorlage: 0064/2018/AMT/HH

Der Kämmerer Herr Neumann erläutert die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltsplanes für 2018.

Der prozentuale Amtsumlagesatz ist unverändert mit 13,5 % festgesetzt.

Für 2018 ergibt sich ein Amtsumlagebedarf in Höhe von insgesamt 3.580.100 €.

Gegenüber dem Vorjahr steigt die Summe der Amtsumlage um rd. 248.952 €. Die Höhe der Amtsumlage beruht auf der gestiegenen Finanzkraft der amtsangehörigen Gemeinden im Berechnungszeitraum. Je nach individueller Finanzkraft ergeben sich entsprechende Veränderungen für die amtsangehörigen Gemeinden.

Im Vermögenshaushalt sind insbesondere die Kosten für die Ersatzbeschaffung EDV (147.800 €) und Inventarergänzung für das Amtshaus (10.000 €) dargestellt.

Daneben sind im Vermögenshaushalt die Baukosten für die Sanierung der Sanitäranlagen der Grundschule Haseldorf (127.000 €) sowie den Erwerb von beweglichem Vermögen für den Amtsbauhof Haseldorfer Marsch (6.000 €) eingeplant. Die laufenden Kosten und Investitionen für die Grundschule Haseldorf, Betreuungsschule und Schülerbeförderung sind durch die Schulumlage der Gemeinden Haselau und Haseldorf (355.500 €) gedeckt.

Die Kosten für den Amtsbauhof Haseldorfer Marsch werden durch entsprechende Kostenerstattungen ausschließlich von den Gemeinden getragen, die den Bauhof in Anspruch nehmen.

Herr Plettenberg weist darauf hin, dass sich die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen von rd. 57 auf 63 erhöht hat und bittet um Erläuterung.

AD Jürgensen erklärt, dass die Amtsverwaltung im Vergleich zu vielen anderen Verwaltungen über einen geringeren Personalschlüssel verfügt und der Amtsumlagesatz vergleichsweise moderat ist.

Die gesetzlichen Anforderungen an die Verwaltung sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Auch die steigenden Einwohnerzahlen sowie die zunehmende Zahl von gemeindlichen Projekten führen zu einzelnen notwendigen Anpassungen von Personalstellen, die durch Herrn Jürgensen näher erläutert werden.

Herr Jürgensen weist darauf hin, dass sich aufgrund des Fachkräftemangels ohnehin ein langer Vorlauf bei der Stellenbesetzung ergibt.

Bgm. Banaschak bestätigt, dass sich die Gewinnung von qualifiziertem Personal zunehmend schwierig darstellt und sich lange Vorlaufzeiten ergeben. Durch das Wachstum der Gemeinden und die gestiegenen Anzahl von Projekten und Maßnahmen ergibt sich ein zusätzlicher Personalbedarf, der an verschiedenen Stellen der Verwaltung sichtbar wird.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die Haushaltssatzung für das Jahr 2018 (**Protokollanlage 5**), mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von insgesamt 6.812.900 € sowie Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt in Höhe von 315.200 € zu beschließen.

Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beläuft sich auf 63,27 Stellen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 250.000 € festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kredite für Investitionen wird auf 0 € festgesetzt. Der Amtsumlagesatz beträgt 13,50 %.

Die Zusatzumlage (Schulumlage) nur für die Gemeinden Haselau und Haseldorf ist auf 355.500 € festgesetzt.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 8 Investitionsprogramm 2017-2021

Auf das Investitionsprogramm für die Jahre 2017 - 2021, das Bestandteil des vorliegenden Haushaltsplanes ist, wird verwiesen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt, das Investitionsprogramm für die Jahre 2017 bis 2021 in Höhe von 746.800 € (**Protokollanlage 6**) zu beschließen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 9 Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

Wortmeldungen liegen nicht vor.

zu 10 Berichte der Bürgermeister aus ihrer Gemeinde

Aus den amtsangehörigen Gemeinden wird wie folgt berichtet:

Bgm. Pliquet / Gemeinde Neuendeich:

- Die Gemeinde Neuendeich ist momentan mit den Themen Breitbandausbau und Windkraftanlagen intensiv beschäftigt.

Bgm´in Ehmke / Gemeinde Groß Nordende:

- Auch in Groß Nordende ist das Thema Windkraftanlagen nach wie vor aktuell.

Bgm Schölermann / Gemeinde Haseldorf:

- Im Rahmen eines mehrmonatigen Prozesses wurde für die Gemeinde Haseldorf ein Dorfentwicklungskonzept erarbeitet. Mit der Umsetzung von Maßnahmen wird sich die Politik befassen.

Bgm Jürgensen / Gemeinde Heidgraben:

- Die Gemeindevertretung hat beschlossen, den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses zu planen.

- Ein Grundsatzbeschluss für die Aufstellung einer Chronik wurde gefasst.

- Die Planungen für die Ausweisung eines Gewerbegebietes und eines Baugebietes laufen.

Bgm Banaschak / Gemeinde Appen:

- Auf die bisherigen Planungen der Gemeinde Appen wird verwiesen.

Bgm Weinberg / Gemeinde Moorrege:

- Der Mietwohnungsbau für ca. 80 Wohnungen wird in Moorrege durch Investoren realisiert.

- Zwecks Erweiterung eines Gewerbebetriebs im Werftweg und die erforderliche B-Planänderung werden Gespräche mit den Anliegern geführt.
- Die Gemeinde hat beschlossen, eine E-Ladestation im Bereich des Rewe-Marktes zu installieren.
- Als Ersatz für den Bank-Terminal in der ehemaligen Volksbankfiliale ist ein Bank-Terminal beim Rewe-Markt geplant.

Bgm Herrmann /Gemeinde Haselau

- Für die Marschgemeinden stellt die Gewichtung des Naturschutzes und die damit verbundene schonende Gewässerunterhaltung eine zunehmende Problematik dar. Eine ausreichende Gewässerunterhaltung ist „lebensnotwendig“, um die Entwässerung in den Marschgemeinden zu gewährleisten. Zudem benötigen die Wasser- und Bodenverbände ausreichende finanzielle Unterstützung, um eine vernünftige Unterhaltung der Vorfluter und Gräben zu gewährleisten.
- Die Suche eines geeigneten neuen Standortes für den Amtsbauhof Haseldorfer Marsch stellt sich als problematisch dar.

Bgm'in Riekhof / Gemeinde Hetlingen

- Die Ausweisung eines kombinierten Gewerbe- und Wohngebietes schreitet voran.
- Für die geplante Kita-Erweiterung liegt eine mündliche Zusage über die Förderung vor.
- Die Sanierung der Schultoiletten im Rahmen des Förderprogrammes hat sehr gut geklappt.

Bgm. Reißler / Gemeinde Holm

- Für die Feuerwehr wurde ein Mannschaftstransportwagen (MTW) beschafft und übergeben.
- Die Erschließung eines Wohn- und Mischgebietes steht in Kürze an.
- Einzelne bauliche Verdichtungen sind im Gemeindegebiet geplant.
- Bei der Genehmigung von gemeindlichen Projekten (z.B. Mehrgenerationenplatz) ergeben sich immer wieder unnötige Verzögerungen.

Bgm Neumann / Gemeinde Heist:

- In der Gemeinde Heist werden Fernwärmeleitungen verlegt, um die Grundschule mit Wärme aus der Biogasanlage zu versorgen.
- Die Umsetzung von Bauvorhaben mit Inanspruchnahme von Fördermitteln ist nach wie vor sehr aufwendig.
- Der Grandplatz wurde wiederholt mit Fahrzeugen befahren und beschädigt. Der Verursacher konnten ermittelt werden.

Zweckverband Breitband Marsch und Geest

- Der Ausbau des Breitbandnetzes nimmt konkrete Formen an. Im sogenannten 1. Cluster (Haseldorf, Haselau, Moorreege-Klevendeich) wurde eine Anschlussquote von 65 % erreicht.
- Die Abstimmung der Breitbandaktivitäten auf Bundes- und Landesebene sind deutlich verbesserungswürdig.

zur Kenntnis genommen

zu 11 Verschiedenes

Bgm. Weinberg merkt an, dass in der Gemeinde Moorrege der Anbau für die Betreuungsschule sowie die Sanierung der WC-Anlagen der Grundschule zwischenzeitlich abgeschlossen wurde. Für beide Maßnahmen sind Fördermittel bewilligt worden. Die Abwicklung der Fördermittel zögert sich nach Auffassung von Herrn Weinberg zu lange heraus.

Herr Goetze erklärt, dass für die Maßnahmen die entsprechenden Verwendungsnachweise erstellt wurden.

Die Prüfung der Verwendungsnachweise beim Zuwendungsgeber nimmt in der Regel eine längere Zeit in Anspruch. Für die Maßnahme Betreuungsschule wurde bereits ein Abschlag in Höhe von ca. 50 % der Fördermittel gewährt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.04.2018

gez. Jürgen Neumann

gez. Jens Neumann
Protokollführer